

Ich betrachte es als Privileg, dass ich vor der vollzählig versammelten Belegschaft der Guten Schule Baselland sprechen darf. Meinen Beitrag zum thematischen Teil Ihrer Konferenz – meine Gedanken zum Lehrerinnen- und Lehrerbild konnte ich bereits in den Schulnachrichten deponieren. Ihre Meinung dazu interessiert mich.

Unter dem Titel „Einheitsschule Schweiz? Mehrwert statt Etikettenwechsel!“ werde ich in der Schlussphase Ihrer Konferenz einige Überlegungen zur aktuellen und für Sie wesentlichen bildungspolitischen Diskussion vorstellen. Es handelt sich um meine persönlichen Überlegungen, die nicht ohne Weiteres mehrheitsfähig sind.

Unser südlicher Nachbar Italien ist uns in Sachen Bildungscoordination deutlich voraus. Zwischen Como und Reggio die Calabria gelten für Lehrerinnen und Lehrer einheitliche Löhne und Anstellungsbedingungen. Einheitliche Schulstrukturen, Lehrpläne, Stundentafeln und Lehrmittel sind verbindliche Vorgaben. Vor diesem Hintergrund irritieren verständlicherweise die Ergebnisse der PISA-Studie 2003. Während sich Norditalien in der Weltspitze positionierte, versank der Süden in der Kategorie Tunesien. Die Resultate wurden in Italien nicht publiziert.

Ganz offensichtlich bedeutet eine radikale Bildungscoordination keine Garantie für einheitliche Qualität auf hohem Niveau. Selbstverständlich trifft auch der Umkehrschluss nicht zu. Die kritische Auseinandersetzung mit der Frage, wo Unterschiedlichkeit und Vielfalt tatsächlich ein Chancenplus bringen und nicht unproduktiven Ressourcenverschleiss, Mobilitätshürden und Entwicklungsblockaden verursachen – diese kritische Standortbestimmung ist unverzichtbar und Daueraufgabe. Wenn jede Schule für sich allein das Rad immer wieder neu erfinden muss, kommen wir kaum in zügigem Tempo voran.

Die aktuelle Diskussion über die Harmonisierung von Inhalt und Strukturen unseres Bildungsangebots führt unweigerlich zu einer Föderalismusdebatte.

Der Widerspruch zwischen Demokratie und Nähe zu Bürgerinnen und Bürgern auf der einen Seite und den Ansprüchen einer immer stärker vernetzten Gesellschaft, der hektischen Mobilität und globalisierten Wirtschaft auf der anderen Seite – dieser Widerspruch kann nicht ausgeblendet werden, indem wir die Zukunft ausschliesslich mit Blick in den Rückspiegel planen.

Dass die Frage nach Kosten und Übersichtlichkeit gestellt werden muss, führt uns eine grobe Auslegeordnung unserer politischen Institutionen und Konstruktionen eindrücklich vor Augen: Wir leisten uns neben Parlamenten, Regierungen und Verwaltungen in Bund, 26 Kantonen, rund 2850 Gemeinden zusätzlich 22 kantonale Regierungskonferenzen, Dutzende von Verwaltungskonferenzen, über 300 kantonale Konkordate, gezählt sind 450 Zweckverbände unter Agglomerationsgemeinden sowie Hunderte von Zweckverbänden auf Gemeindestufe, ohne dass bisher der Versuch unternommen wurde, diese zu zählen. Die Aussage des Berner Staatsrechtlers und Philosophen Carl

Hilty im Jahr 1884 – Zitat: ***Im Allgemeinen kann man feststellen, dass die Zeit der Konkordate nun zu Ende geht*** – diese Prognose war wohl etwas verfrüht. Und der radikale Entscheid der Glarner Landsgemeinde vom letzten Sonntag, die Anzahl Gemeinden von 25 auf drei zu reduzieren ist zweifellos ein bemerkenswerter Schritt, wahrscheinlich aber noch nicht ganz die Initialzündung, die Schweiz in den nächsten Monaten in vier bis fünf Grosskantone zu gruppieren. Die Sozialpläne für stellenlose Regierungsrätinnen und Regierungsräte sind auf jeden Fall noch nicht ausgehandelt.

Fazit: der Föderalismus wird zwar kritisiert und aktualisiert – Stichwort NFA – aber als Staatsprinzip bleibt er ungefährdet. Konsequenterweise steht auch die Einheitsschule Schweiz nicht unmittelbar vor der Tür. Schweizweit einheitliche Schuluniformen sind noch nicht bestellt.

Trotzdem ist die Bildungslandschaft Schweiz unter dem Titel **Koordination und Kooperation** aktuell in Bewegung geraten und bildet Gegenstand intensiver Diskussionen in einer erfreulich breiten Öffentlichkeit.

Mit unserer Zustimmung zur neuen Verfassung schaffen wir am 21. Mai ein breites, zeitgemässes und zukunftstaugliches Dach über die kantonale Bildungslandschaft Schweiz.

Unter diesem zukünftigen Dach sind bereits seit einiger Zeit intensive Umbauarbeiten im Gang oder mindestens in Planung. Unter den verschiedenen bilateralen und sprachregionalen Projekten messe ich dem einheitlichen Lehrplan für die deutsche Schweiz besonders hohe Koordinationswirkung bei.

Das neue Schulkonkordat konfrontiert uns zwangsläufig mit der Strukturfrage – BL und BS sind Exoten, Minderheit bedeutet für mich jedoch nicht zwingend: falsch in der Sache.

Aber wir kommen um die Klärung der Bildungsstruktur BL nicht herum. Ich erwähne drei Gründe:

1. Den vielfältigen Harmonisierungsdruck durch:

- die neue Verfassung, über die wir am 21. Mai abstimmen,
- **das erweiterte Schulkonkordat, zu dem wir in den nächsten Monaten Stellung nehmen werden.**
- Harmonisierungsdruck ist auch hausgemacht durch unsere Standesinitiative
- mit der Bildungsinsel Basel-Landschaft würden wir uns ein ernsthaftes Glaubwürdigkeitsproblem einhandeln.
- Die Partnerschaft mit dem Kanton Basel-Stadt verpflichtet uns zu Harmonisierung, ohne Garantie für Harmonie, und schliesslich
- schafft die Zusammenarbeit unter den FHNW-Trägerkantonen neue Voraussetzungen und Rahmenbedingungen bei der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer, was nicht ohne Folgewirkung auf die Bildungsplanung bleiben kann.

Neben diesen exogenen Faktoren motivieren uns eigene Vorgaben zur kritischen Auslegeordnung über Inhalt und Strukturen.

2. Grund: Der Bildungsbericht BL 2007:

Diese Standortbestimmung soll uns Erkenntnisse und Entscheidungsgrundlagen liefern, damit die BKSD Impulse setzen und das Heft selber in die Hand nehmen kann, bevor wir die Weiterentwicklung als Patchwork auf der Grundlage von Landratsvorstössen gestalten müssen.

3. Die Strukturfrage muss im Hinblick auf die zukünftige Schulraumplanung und die Übernahme der Sekundarschulbauten geklärt werden. Eine solche Klärung ist schon deshalb unverzichtbar, weil wir sonst Gefahr laufen, in den nächsten Jahren in „Kultur-, Sport- und Schulhausdirektion“ umbenannt zu werden.

Der Kanton Basel-Landschaft gehört wie erwähnt mit Basel-Stadt, Aargau, Tessin, Neuenburg, Waadt und Tessin zur Minderheit, welche gemäss dem vorliegenden Konkordatsentwurf die Primarschuldauer anpassen muss. Vieles Andere im Konkordat ist noch offen, namentlich

- die Gestaltung des Schuleingangsbereichs,
- die Gestaltung der Sekundarstufe I oder
- die Gliederung des gymnasialen Bildungsganges in der Sekundarstufe I und II.

In meinem Schreiben zur Konsultation vom Februar 2006 habe ich Folgendes geschrieben:

„Im Rahmen der Vernehmlassung möchte die BKSD aufgrund der weitreichenden Konsequenzen einer 6-jährigen Primarschule und des vermutlich nur bescheidenen Beitrags zur Weiterentwicklung der „Guten Schule Baselland“ prüfen, mit welchen Massnahmen die vierjährige Sekundarschule mit den drei Niveaus A, E und P im Kanton Basel-Landschaft beibehalten und koordinativ weiterentwickelt werden kann.“

Dies heisst, dass ich die 5-jährige Primarschule und die 4-jährige Sekundarschule im Hinblick auf die Vernehmlassung als Option ausdrücklich offen halten will. Ich bin überzeugt, dass wir gute Voraussetzungen für eine moderne, interkantonal harmonisierte und entwicklungsfähige Volksschule geschaffen haben:

1. nimmt das 6. Schuljahr der Sekundarschule alle Schülerinnen und Schüler der Primarschule in eine einzige Schulorganisation auf,
2. ist als Vorleistung auf die Schulkoordination die Stundentafel der Niveaus A, E und P im 6. Schuljahr identisch, und die Durchlässigkeit der gesamten Sekundarschule ist verbessert worden,

3. unterrichtet die Sekundarschule alle Schülerinnen und Schüler bis zum Abschluss der Schulpflicht und behandelt somit die allgemeinbildenden und berufsbildenden Wege der Sekundarstufe II als gleichwertig.

In diese Sekundarschule würde ich gerne für die weitere Entwicklung investieren. Mobilitätsprobleme im 6. Schuljahr können nach meiner Auffassung innerhalb der Sekundarschule problemlos aufgefangen werden.

Kindergarten und Primarschule sind bereits ohne Verlängerung um ein Jahr stark gefordert:

1. Die Zusammenfassung von Kindergarten in eine Grund- oder Basisstufe,
2. das Gesamtsprachenkonzept mit 2 Fremdsprachen, in welcher Reihenfolge auch immer,
3. die Umsetzung von Blockzeiten und Tagesstrukturen.

Die weitere Entwicklung der Primarschule „an zwei Enden“ ist sehr anspruchsvoll. Sehr anspruchsvoll ist es auch, weil wir die Volksschule trügerschaftsmässig nicht in einer Hand haben. Ein Wechsel des 6. Schuljahres bedarf auch einer Anpassung in der Trügerschaft: Die Trügerschaft zwischen Kanton und Gemeinden müsste neu gestaltet werden.

Dass unsere Volksschule gut aufgestellt ist, wird aus berufenen Mündern ausdrücklich bestätigt. Ich danke Rolf Coray für seine klaren Aussagen in der bz und ich danke Max Müller für sein Titelblatt des letzten LVB- Inform.

Abschliessend möchte ich – wie schon bei anderer Gelegenheit und nicht zum letzten Mal – in Erinnerung rufen, was mir besonders wichtig ist: Die Auseinandersetzung mit der Weiterentwicklung des Bildungsangebots darf nicht bei der Strukturdiskussion stehen oder, wie im Titel angekündigt: Es geht um Mehrwert und nicht bloss um den Austausch von Etiketten. Auf der Grundlage dieser Überzeugung habe ich für mich ein paar zentrale Fragen formuliert, zu denen wir gemeinsam Antworten entwickeln müssen.

Zum Beispiel:

- Wie werden höheres Qualifikationsniveau der Lehrpersonen, erweiterte Lernformen, moderne Unterrichtshilfen und eine aufwändige Infrastruktur in ein wesentliches höheres Bildungsniveau umgesetzt, das heisst ausschöpfen von Bildungspotenzial und Chancengleichheit?
- Wie können wir die Anzahl Kleinklassen in den nächsten 10 Jahren halbieren?
- Wie können wir die Anzahl Repetentinnen und Repetenten um 30% senken?

- Wie können wir dafür sorgen, dass die Gute Schule Baselland für die Standortattraktivität die gleiche (Lock-)Wirkung entfaltet, wie die Steuergesetzgebung im Kanton Schwyz?
- Wie kann durch ein attraktives und erfolgreiches Bildungsangebot der öffentlichen Schulen dafür gesorgt werden, dass Initiativen für einen „Bildungsgutschein“ ohne Resonanz bleiben?
- Wie können Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit unserer Schule überzeugend kommuniziert werden, damit der Landrat diese Leistungen freudig würdigt und das Bildungsbudget mit Akklamation verabschiedet?
- Wie sorgen wir dafür, dass sich Lehrbetriebe, Fachhochschulen, Universitäten und später Unternehmen aus der ganzen Schweiz einen harten Rekrutierungswettbewerb um die Schulabgängerinnen und Schulabgänger unseres Kantons liefern?

Ich danke Ihnen allen, dass Sie uns in unseren Anstrengungen im Interesse der **Guten Schule Baselland** unterstützen.

@kk Baselland/Mai 2006